



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

31. Mai 2019

Wochenbericht KW 22

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 28 %, SPD bei 17 % bzw. 16 % Grüne bei 20 % bzw. 18 %, AfD bei 13 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden auf höchstem Stand seit November 2018 USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen Zustimmung zu mehr deutscher Verantwortung in der Welt steigt weiter
Diesel:	Bürger sehen eher keine Fortschritte bei der Begrenzung der Luftverschmutzung, gleichzeitig werden Gesundheitsrisiken weiterhin eher gering eingeschätzt Steigende Akzeptanz für Fahrverbote
Wichtigstes Thema:	Europawahl

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	28 (-1)	28 (-1)
SPD	17 (+1)	16 (-1)
FDP	8 (-)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-1)	8 (-1)
B'90/Grüne	18 (-1)	20 (+3)
AfD	13 (-)	13 (-)
Sonstige	8 (+2)	7 (+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.	23.-28.05.

Die Union liegt bei Emnid 12 (-) und bei forsa 11 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	30 (-1)
Nahles	13 (-)
Kramp-Karrenbauer	26 (-)
Scholz	25 (-)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 17 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und weiterhin nur einen Prozentpunkt (-) vor Olaf Scholz.

60 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 7 % (-) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 30 % (-3) für Nahles und 23 % (-1) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Scholz sprechen sich 54 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 15 % (-1) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 52 % (-5) Scholz und 16 % (+3) Kramp-Karrenbauer.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (02.06.2019)

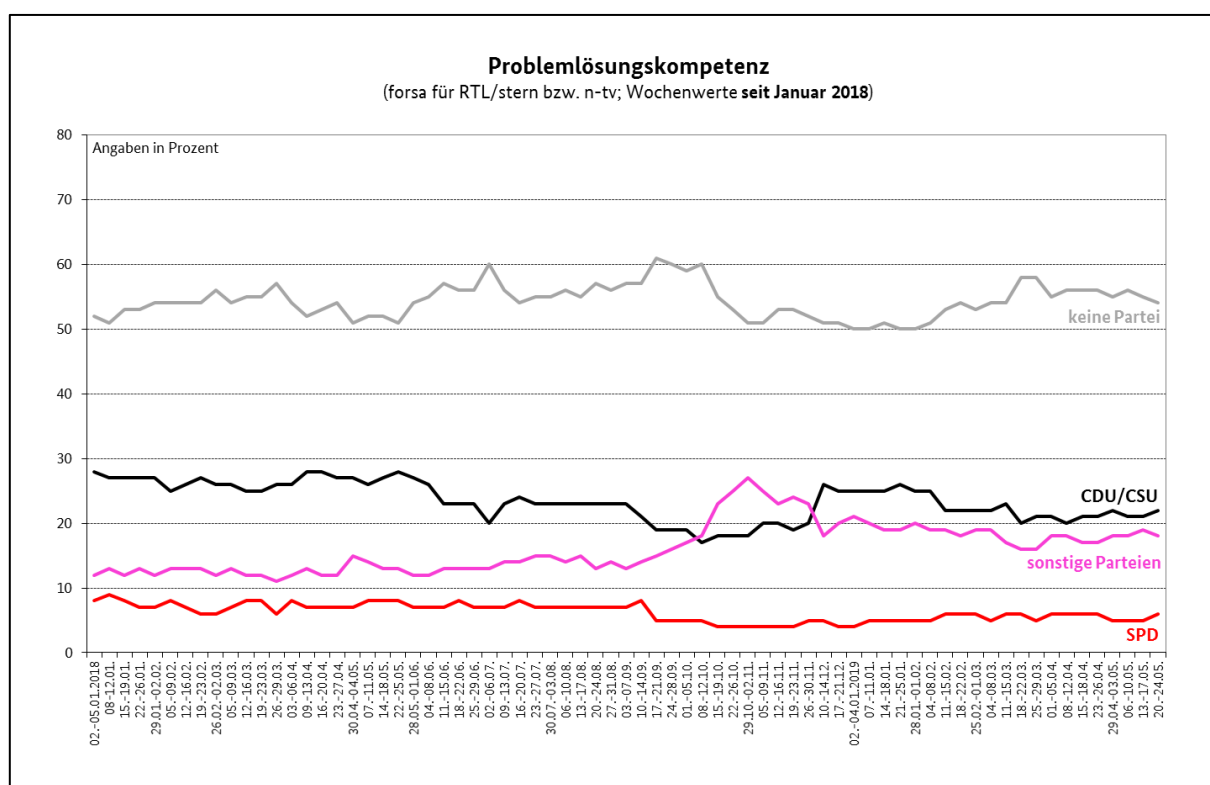
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	22 (+1)
SPD	6 (+1)
sonstige Parteien	18 (-1)
keine Partei	54 (-1)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



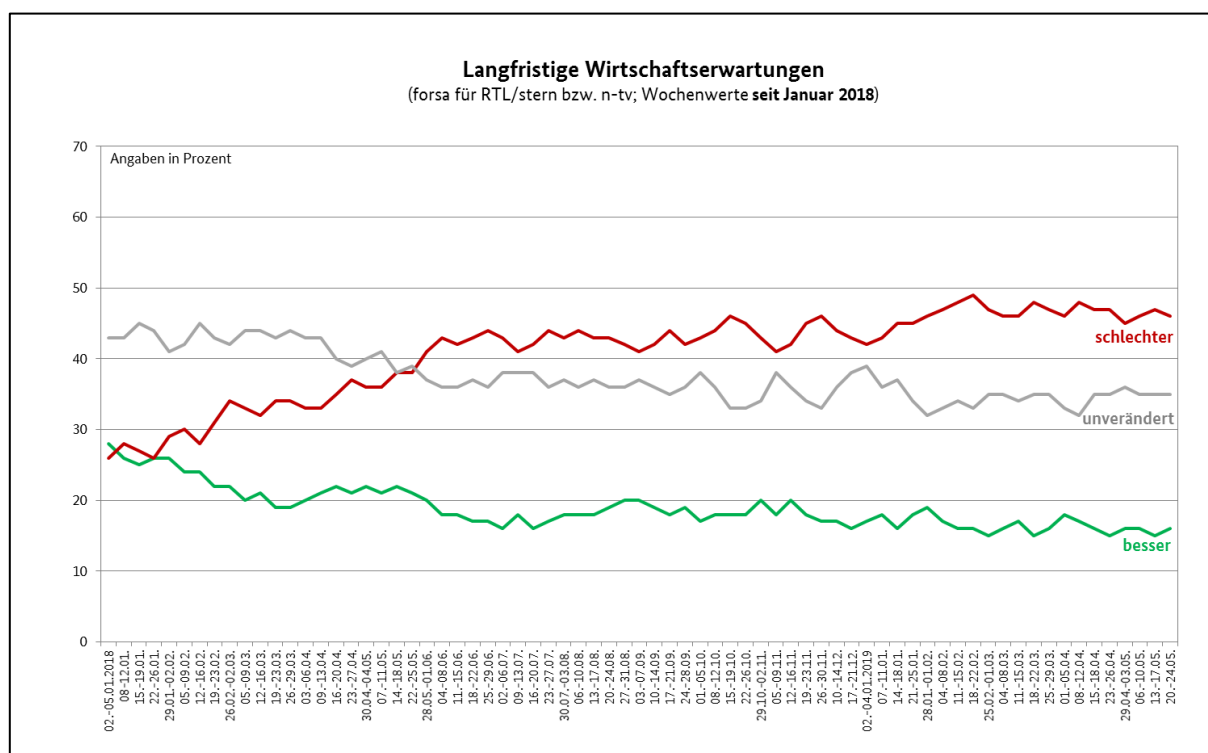
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(+1)
schlechter	46	(-1)
unverändert	35	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 30 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



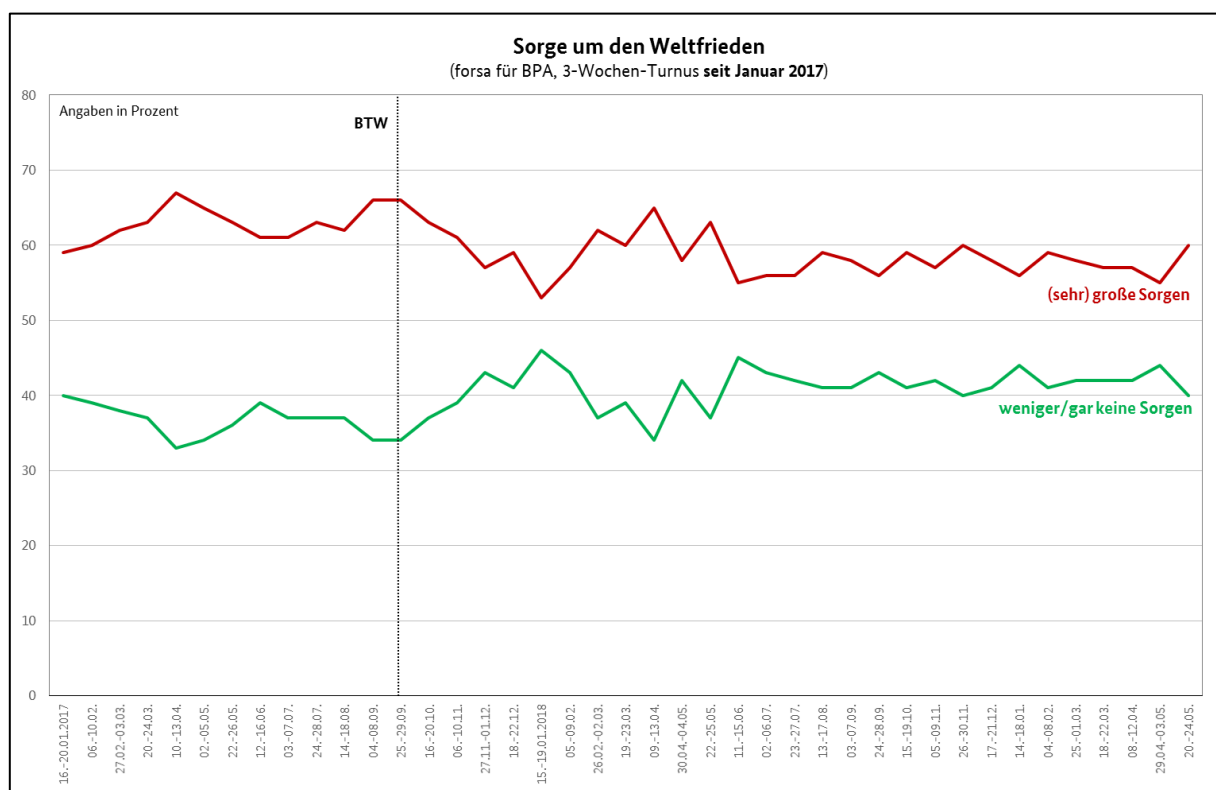
Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 19

	forsa für BPA	
sehr große	11 (+1)	
große	49 (+4)	
wenig	32 (-4)	
keine	8 (-)	
Erhebungszeitraum	20.-24.05.	

Anhänger der Linkspartei (69 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (67 % zu 52 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (66 % zu 50 %).

Anhänger der AfD (46 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.



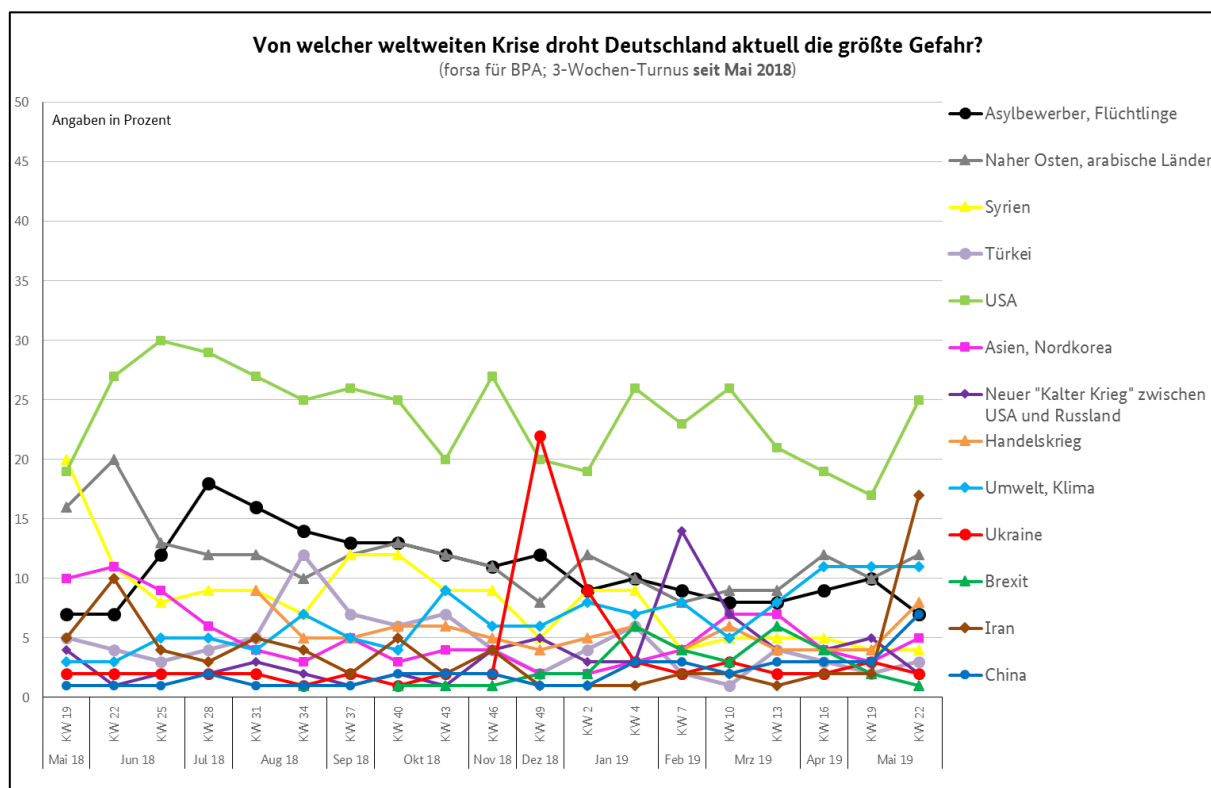
Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 19

	forsa für BPA
USA	25 (+8)
Iran	17 (+15)
Naher Osten, arabische Länder	12 (+2)
Umwelt, Klima	11 (-)
Handelskrieg	8 (+4)
China	7 (+4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	7 (-3)
Asien, Nord-Korea	5 (+2)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.

Die Bundesbürger nehmen die USA als größte Gefahr für Deutschland wahr. Anhänger der Linkspartei (39 %), der FDP (32 %), der Union (30 %) und der Grünen (29 %) nennen sie überdurchschnittlich oft, über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (31 % zu 18 %).

Im Vergleich zur letzten Erhebung nehmen deutlich mehr Bürger den Iran als Bedrohung für Deutschland wahr (+15 Prozentpunkte).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

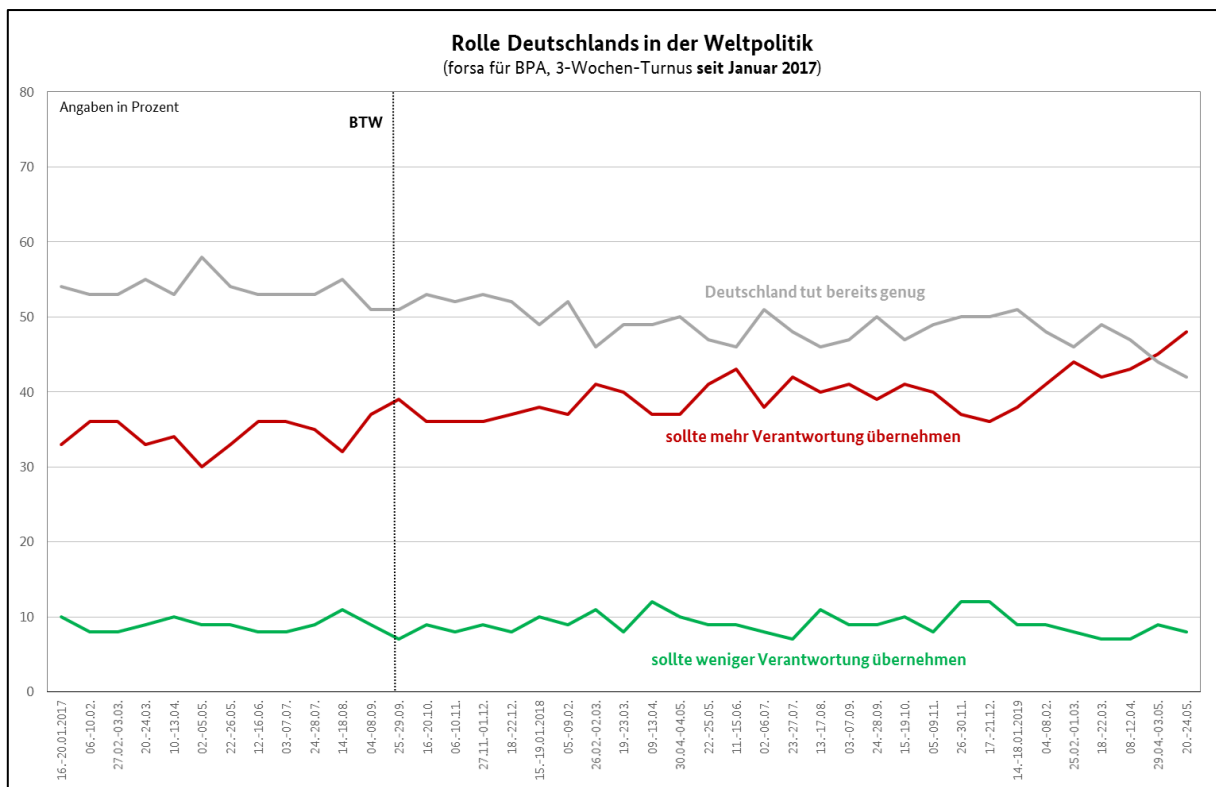
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 19

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	48 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (-1)
Deutschland tut bereits genug	42 (-2)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.

Unter 30-Jährige (58 %), Personen mit hoher formaler Bildung (56 %) und Gutverdiener (53 %) sowie Anhänger der Grünen (66 %) und der Linkspartei (59 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (53 %) und Frauen (47 %) sowie Anhänger der Union (50 %) und der FDP (47 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

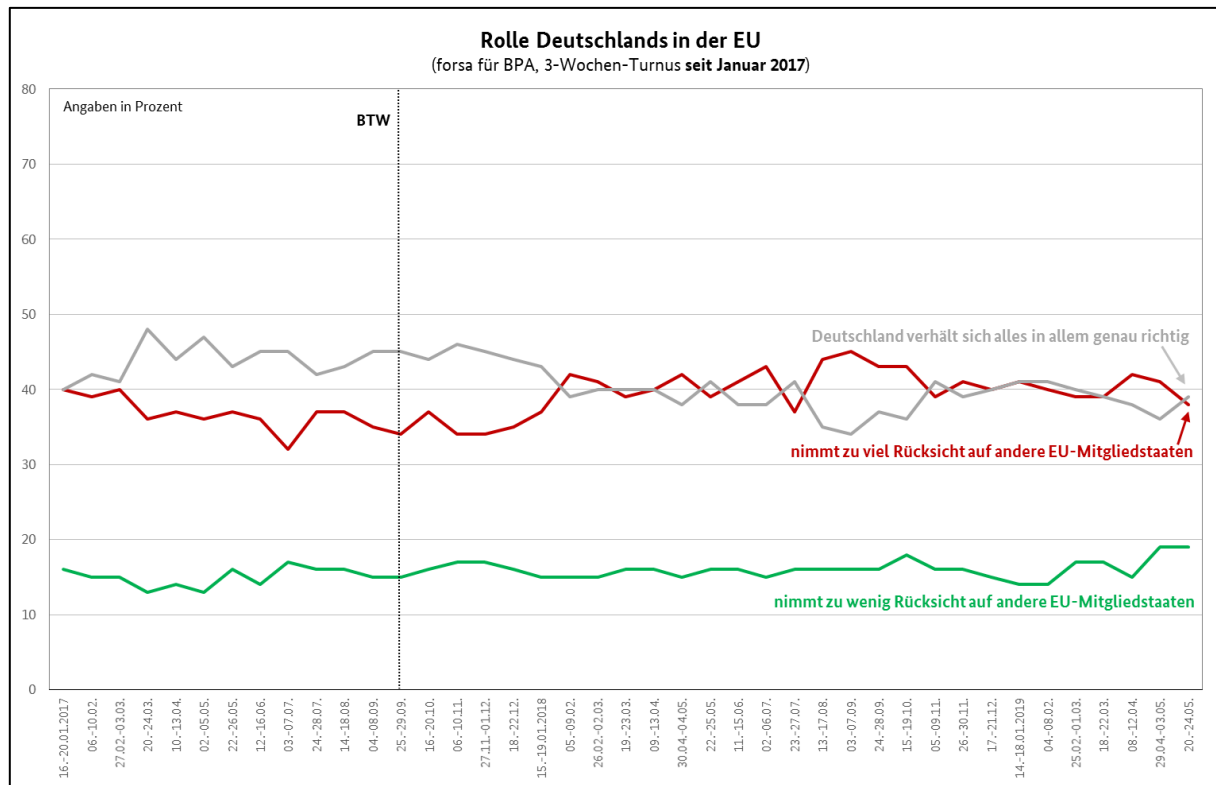
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 19

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	38 (-3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	19 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	39 (+3)
Erhebungszeitraum	20.-24.05.

Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %) und Ostdeutsche (47 %) sowie Anhänger der AfD (71 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (38 %), der FDP (31 %) und der Grünen (26 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der Union, der SPD (jew. 51 %) und der Grünen (46 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



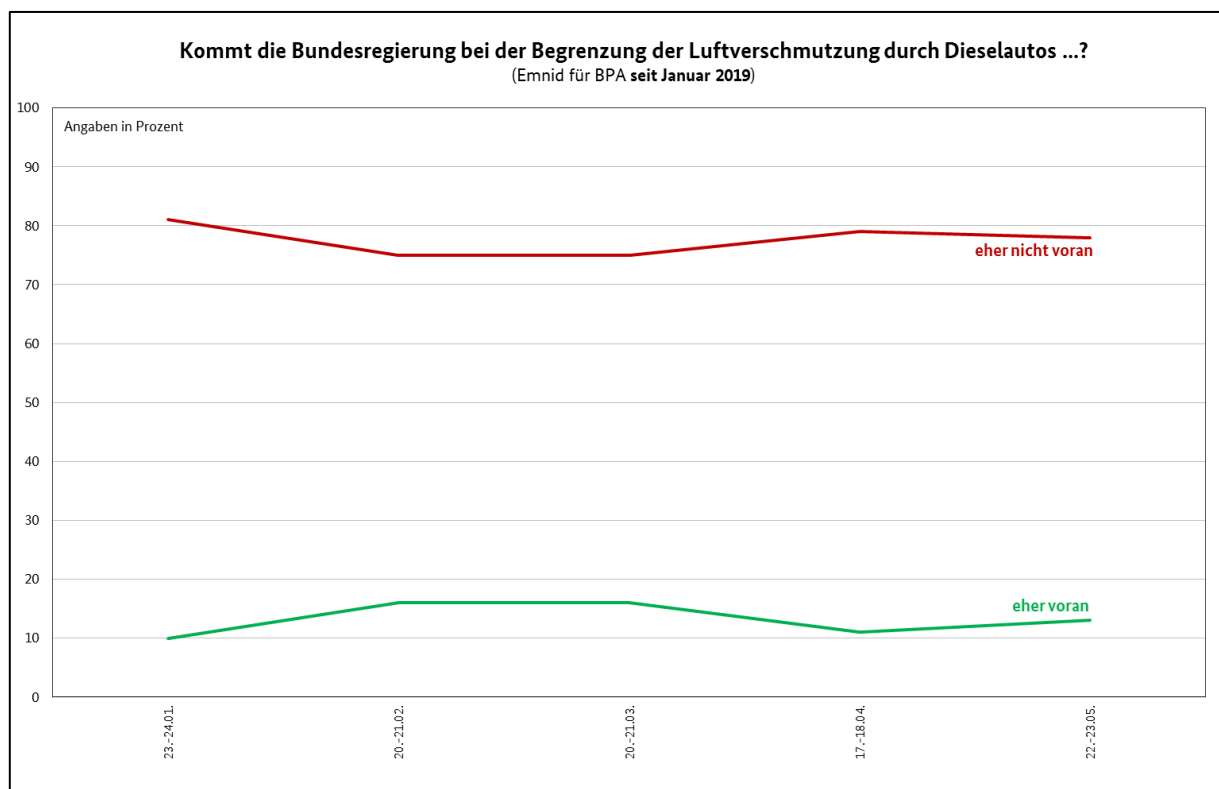
Kommt die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	Emnid für BPA	
eher voran	13	(+2)
eher nicht voran	78	(-1)
Erhebungszeitraum	22.-23.05.	

Anhänger der Union (22 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos eher vorankommt.

Hingegen meinen 50- bis 59-Jährige (86 %) und Anhänger der Grünen (90 %) überdurchschnittlich häufig, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung eher nicht vorankommt.



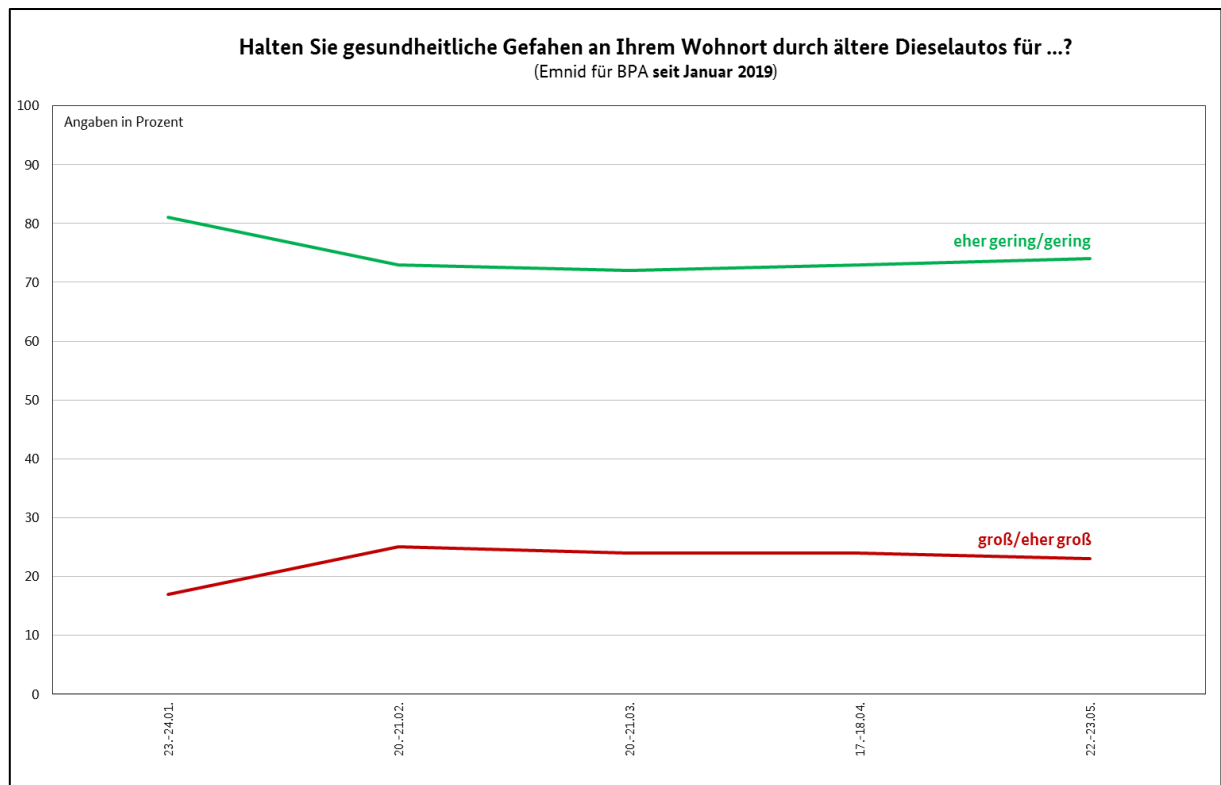
● Halten Sie gesundheitliche Gefahren an Ihrem Wohnort durch ältere Dieselaautos für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	Emnid für BPA
groß	11 (-1)
eher groß	13 (+1)
eher gering	34 (+1)
gering	40 (-)
Erhebungszeitraum	22.-23.05.

Großstädter (48 %) und unter 30-Jährige (32 %) sowie Anhänger der Linkspartei (34 %) und der Grünen (33 %) halten die gesundheitlichen Gefahren überdurchschnittlich oft für groß bzw. eher groß.

Hingegen halten Personen mit mittlerer formaler Bildung (85 %), Landbewohner, Klein- und Mittelstädter (81 %), 30- bis 59-Jährige (79 %) sowie Anhänger der AfD (85 %) und der Union (84 %) die Gesundheitsrisiken überdurchschnittlich häufig für (eher) gering.



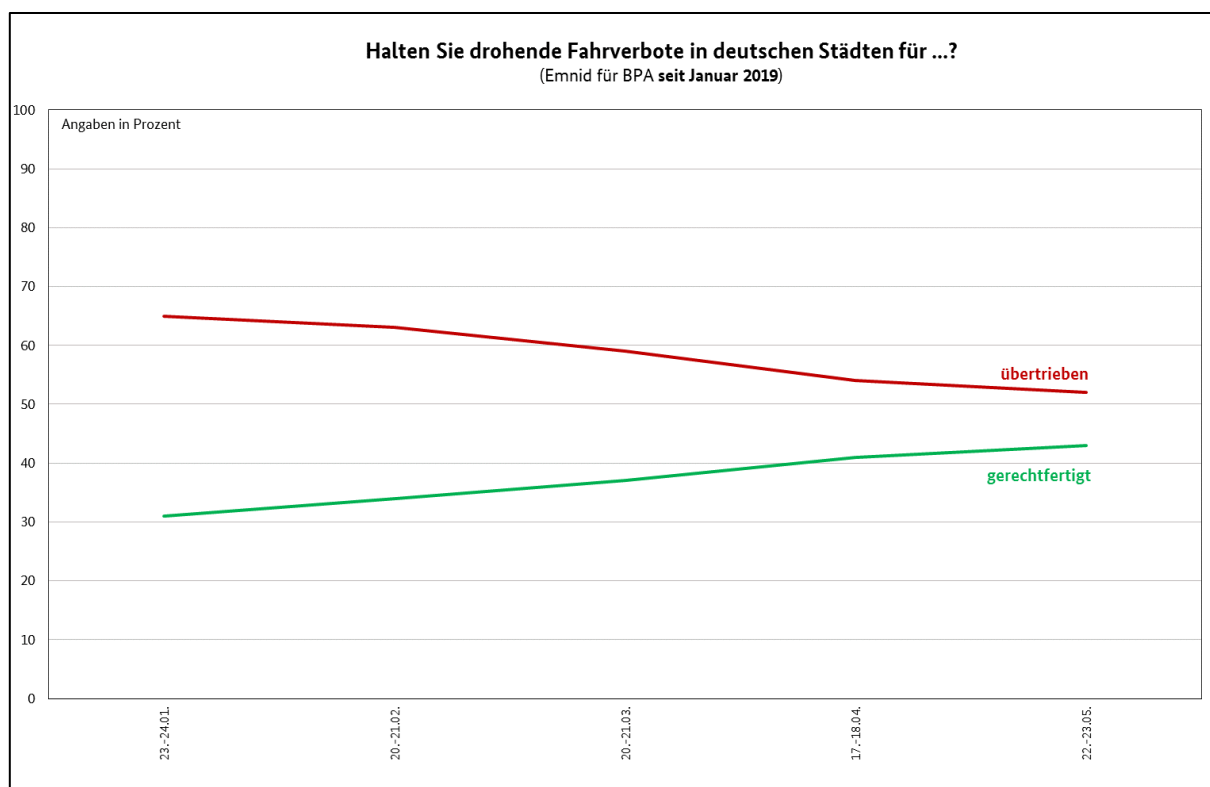
Halten Sie drohende Fahrverbote in deutschen Städten für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	Emnid für BPA	
gerechtfertigt	43	(+2)
übertrieben	52	(-2)
Erhebungszeitraum	22.-23.05.	

Unter 30-Jährige (58 %), Großstädter (53 %) und Kleinstädter (48 %) sowie Anhänger der Grünen (74 %) und der Linkspartei (64 %) halten die drohenden Fahrverbote in deutschen Städten überdurchschnittlich oft für gerechtfertigt. Frauen sind eher dieser Meinung als Männer (48 % zu 38 %).

Hingegen halten Ostdeutsche (62 %) und 30-bis 59-Jährige (58 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) die Fahrverbote überdurchschnittlich häufig für übertrieben.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Europawahl	26 (+13)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	17 (+10)
Umweltpolitik/-schutz	13 (+6)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	7 (-)
Regierungskrise in Österreich	7 (-14)
Erhebungszeitraum	27.-28.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Europawahl. Überdurchschnittlich häufig sehen unter 35-Jährige (31 %) und Anhänger der Grünen (33 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (30 % zu 18 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (31 % zu 14 %).

35- bis 49-Jährige (23 %) und Anhänger der Grünen (31 %) nennen den Klimawandel besonders oft. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (21 % zu 11 %).

